

## **Haus- und Grundbesitzer: Mangelnde Treffsicherheit im öffentlichen Bereich bringt Zweiklassengesellschaft am Mietmarkt!**

**Mietrechts-Vereinheitlichung völlig ungeeignet, um steigende Nachfrage zu decken. Öffentliche Hand muss jene Menschen unterstützen, die tatsächlich Bedarf haben.**

*Wien (OTS)* - Es ist eine Tatsache, dass vor allem in der Bundeshauptstadt aufgrund des starken Zuzuges nicht genügend Wohnraum zur Verfügung steht. Wer diesem Defizit mit noch mehr Regulierungen und Beschränkungen begegnen will, wirtschaftet völlig an der Logik des Marktes vorbei und wird auf diese Weise das Angebot keinesfalls vergrößern. Die Folgen davon liegen in einer Entwertung von Immobilien und einem kontinuierlichen Rückgang an Investitionen. Auch mit der Errichtung von 4.000 Gemeindewohnungen ist da nicht viel gewonnen.

„Die Stadt Wien ist mit rund 220.000 Wohnungen Wiens größter Anbieter von Wohnraum. Es ist paradox, dass sich mehr als die Hälfte der einkommensschwächsten Mieter auf dem privaten Mietwohnungsmarkt wohnversorgen müssen!“ zeigt sich ÖHGB-Präsident, Rechtsanwalt Dr. Martin Prunbauer, über die mangelnde soziale Treffsicherheit im öffentlichen Mietsektor empört.

Und auf die Aussage der neuen Wiener Wohnbaustadträtin bezogen, was denn an Wien so einzigartig ist, kontert der ÖHGB-Präsident: „Das ist nicht die Tatsache, dass man an der Adresse eines Menschen nicht erkennt, wieviel er verdient. Einzigartig ist, dass im Rahmen der Wiener Wohnbaupolitik weiterhin daran festgehalten werden soll, Menschen zu fördern, die überhaupt keinen Bedarf nach einer finanziellen Unterstützung haben während andere, die nicht das gleiche Glück haben eine sehr günstige Gemeindewohnung zu bekommen, leer ausgehen.“ Eine solche Vorgehensweise ist nicht nur ungerecht, sie schafft auch eine Zweiklassengesellschaft von Mietern.

Dass Wohnungen auf dem privaten Immobilienmarkt zu annähernd gleichen Bedingungen wie auf dem durch Förderungen und diverse Steuervorteile gestützten öffentlichen Mietsektor angeboten werden sollen, geht völlig an der Realität vorbei. Nach Ansicht von Prunbauer ist es eine Aufgabe der öffentlichen Hand und nicht der Privaten, für eine Unterstützung von einkommensarmen Bevölkerungsschichten zu sorgen.

Auch dem Argument der sozialen Durchmischung im sozialen Wohnbau lässt sich einfach und wirkungsvoll begegnen: Im Sinne einer sozialen Gerechtigkeit muss in regelmäßigen Abständen die Förderwürdigkeit nachgewiesen werden. Ist diese nicht mehr gegeben, erfolgt eine Anhebung des Mietzinses. Die

daraus resultierenden Mehreinnahmen können im Rahmen der Subjektförderung und im sozialen Wohnbau Verwendung finden. Die Botschaft des ÖHGB-Präsidenten an die neue Wiener Wohnbaustadträtin ist daher klar: „Menschen fördern und nicht Mauern!“

**Rückfragen & Kontakt:**

Österreichischer Haus- und Grundbesitzerbund  
Lukas Lechner, MA  
Pressesprecher (of counsel)  
+43 676 3239 645  
lukas.lechner@oehgb.at